Christian Glocker

Stabile Entwicklung der heimischen Wirtschaft trotz anhaltender Schuldenkrise

Die jüngsten Daten zur internationalen Wirtschaftslage deuten insgesamt auf ein Anhalten des Aufschwunges hin, sind aber etwas uneinheitlich. In den USA, in Lateinamerika und Südostasien bleibt das Wachstum robust. Die Entwicklung im Euro-Raum ist hingegen nach wie vor von der Schuldenkrise geprägt. In Österreich sind die Konjunkturaussichten unabhängig davon weiterhin stabil. Die Inflation war im März leicht rückläufig, und die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stieg im April weiter.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann, Martha Steiner • Abgeschlossen am 9. Mai 2012. • **E-Mail-Adresse: Christian.Glocker@wifo.ac.at**

Die Erholung der Weltwirtschaft hält an, vor allem in den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern sowie in den USA expandierte die Wertschöpfung im Frühjahr. Der weltweite Konjunkturaufschwung ist jedoch sehr fragil. Die zentralen Risiken stammen zum einen aus geopolitischen Spannungen, die eine neue Erdölpreishausse auslösen könnten, zum anderen aus der anhaltenden Staatsschuldenkrise, welche vor allem im Euro-Raum die realwirtschaftliche Erholung schwächt. Die Versorgung der Banken mit Liquidität durch die Europäische Zentralbank reichte nicht aus, um die Krisenländer auch nur für ein halbes Jahr zu stabilisieren. Ein hoher Bestand an Problemkrediten in Verbindung mit steigender Arbeitslosigkeit dämpft in mehreren Ländern an der EU-Peripherie den Ausblick. Darüber hinaus trägt die strikte Konsolidierungspolitik im Euro-Raum wesentlich zu den verhaltenen Konjunkturaussichten bei.

Die aktuelle Entwicklung der österreichischen Wirtschaft unterscheidet sich vom Durchschnitt des Euro-Raumes. Zum einen verringerten sich die Finanzmarktrisiken vor allem in den letzten drei Monaten. Zum anderen ist der Konjunkturausblick günstiger. Zwar stieg im aktuellen WIFO-Konjunkturtest der Indikator der aktuellen Lagebeurteilungen in der Sachgütererzeugung nur geringfügig, er lag jedoch weiterhin im positiven Bereich. Auch die Erwartungen zur Entwicklung von Produktionstätigkeit und Verkaufspreisen in den kommenden Monaten bleiben trotz des Rückgangs gegenüber dem Vormonat positiv. In der Bauwirtschaft meldeten erstmals seit fast vier Jahren mehr Unternehmen eine gute als eine schlechte Geschäftslage.

Die Inflation schwächte sich im März 2012 gegenüber dem Vormonat leicht ab und erreichte mit 2,4% (gemäß Statistik Austria) die niedrigste Rate seit Jänner 2011. Die stärksten Preiserhöhungen wurden im Jahresabstand in den Ausgabengruppen "Wohnung, Wasser und Energie", "Verkehr" und "Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" festgestellt. Im April waren 252.000 Arbeitslose beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt. Die Arbeitslosenquote betrug im April saisonbereinigt nahezu unverändert 7,0% (gemäß österreichischer Definition).

Positive, aber wechselhafte Signale der Weltwirtschaft

Im Frühjahr 2012 verringerten sich die akuten Risiken für die Weltkonjunktur gegenüber dem vergangenen Herbst deutlich. Nachdem sich die Stimmung von Unternehmen und privaten Haushalten im 2. Halbjahr 2011 stark verschlechtert hatte, hellte sie sich seit der Jahreswende in den meisten Regionen auf. So nahm die weltweite Industrieproduktion seit Dezember 2011 nach einem halben Jahr der Stagnation

wieder zu, und auch der Welthandel zog spürbar an (laut CPB World Trade Monitor), sodass die Weltwirtschaft zu Jahresbeginn merklich an Schwung gewann.

In den Schwellenländern ist die Konjunktur weiterhin gedämpft.

Die Verlangsamung der Expansion war in vielen Schwellenländern wirtschaftspolitisch erwünscht, da zuvor Überhitzungserscheinungen wie stark steigende Immobilienpreise, eine kräftige Kreditausweitung sowie ein beschleunigter Verbraucherpreisauftrieb aufgetreten waren. Angesichts der weltweiten Konjunkturdämpfung Ende 2011 setzte die Geldpolitik in vielen Schwellenländern im Frühjahr 2012 umfangreiche expansive Maßnahmen, um einer Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung entgegenzuwirken. Die Composite Leading Indicators der OECD für Brasilien, China und Indien geben ein leicht positives Bild wieder. Ähnlich entwickelt sich die Wirtschaft in anderen asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. Für die osteuropäischen Länder ist wegen der engen Handels- und Finanzmarktverflechtungen mit den europäischen Industrieländern der Ausblick weiterhin gedämpft.

In den USA festigte sich die Konjunktur im Laufe des Jahres 2011.

Obwohl die öffentliche Konsumnachfrage in den USA seit mehr als einem Jahr kontinuierlich sinkt, war das Budgetdefizit im Fiskaljahr 2011 mit 8,7% des Bruttoinlandsproduktes immer noch sehr hoch. Umfangreiche Konsolidierungsanstrengungen werden aufgrund der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen wohl erst im Jahr 2013 beschlossen werden. Trotz des Rückgangs der Investitionen der Unternehmen und der Stagnation der Staatsausgaben wuchs die Wirtschaft nach ersten Schätzungen im I. Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal um 0,5% und damit etwas schwächer als in der Vorperiode (+0,7%). Vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen beträchtlich zu, getrieben von einem kräftigen Anstieg der Autokäufe.

Die Indikatoren weisen auf eine Festigung der positiven Entwicklung hin. Trotzdem verlor die Erholung auf dem Arbeitsmarkt überraschend an Kraft. Im April wurden mit 115.000 nur halb so viele neue Stellen geschaffen wie im Februar. Die Arbeitslosenquote lag im April bei 8,1%. Die Arbeitsmarktdaten bestätigten die Mahnungen der Zentralbank vor zu großem Optimismus. Als Reaktion darauf verabschiedete die Regierung Mitte April ein heftig kritisiertes Gesetz: Der "Jobs Act" soll mehr Arbeitsplätze generieren, indem neugegründeten Unternehmen weniger Lasten auferlegt werden. Buchhaltungsregeln und Offenlegungspflichten werden für sie erleichtert[1]). Dieses Gesetz wird wohl kurzfristig positive Impulse bringen, seine Nachhaltigkeit ist jedoch sehr umstritten. Bleibt es für längere Zeit in Kraft, so könnte es bereits jetzt den Keim für künftige Finanzmarktkrisen bilden, da es Regeln, die nach den Bilanzskandalen bei Enron und WorldCom im Sarbanes-Oxley-Gesetz für Neugründungen eingeführt wurden, teilweise wieder zurücknimmt. Der erhöhte Finanzmarktstress nach dem Zusammenbruch von Enron und WorldCom im Zuge der Bilanzskandale hatte 2002 sehr weitreichende negative reale Folgen für die Wirtschaft der USA sowie für die internationalen Finanzmärkte[2]).

Die weltweiten Risikofaktoren

Der weltweite Konjunkturauftrieb ist noch sehr fragil. Die zentralen Risiken für die weitere Entwicklung stammen zum einen aus geopolitischen Spannungen, die eine neue Erdölpreishausse auslösen könnten, zum anderen aus der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum.

[1]) Neugründungen mit einem Umsatz von bis zu 1 Mio. $ werden u. a. für bis zu fünf Jahre von der Verpflichtung befreit, ihr internes Kontrollsystem von Wirtschaftsprüfern kontrollieren zu lassen. Mit einer besonderen Form der Finanzierung ("crowd funding") können Unternehmen bis zu 1 Mio. $ pro Jahr von Kleininvestoren akquirieren, ohne die Anteile für den öffentlichen Handel anmelden zu müssen. Banken dürfen begrenzt Analysen zu Unternehmen abgeben, die sie selbst mit an die Börse bringen.

[2]) Hakkio, S. C., Keeton, W. R., "Financial Stress: What Is It, How Can It be Measured, and Why Does It Matter?", Federal Reserve Bank of Kansas City, Economic Review, Second Quarter, 2009, S. 5-50; Van Roye, B., "Financial Stress and Economic Activity in Germany and the Euro Area", Kiel Working Paper, 2011, (1743).

Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2005 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹) Produzierender Bereich.

Das anhaltend hohe Niveau der Rohstoffpreise und geopolitische Spannungen erhöhen den Druck auf den Rohölpreis.

Zwar hat sich der Erdölpreis, nach einem Höchstwert von 128 $ Mitte März, nun bei ungefähr 110 $ je Barrel (Brent) stabilisiert; die Auswirkungen einer potentiellen oder tatsächlichen Unterbrechung der Rohöllieferungen durch den Iran – den weltweit drittgrößten Exporteur von Erdöl – auf die Erdölversorgung und die Rohölpreise wären dennoch groß, wenn dies nicht durch eine Ausweitung anderer Anbieter ausgeglichen wird. Nach einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds (World Economic Outlook, April 2012) würde eine Unterbrechung der iranischen Exporte den Rohölpreis um etwa 20% bis 30% steigen lassen. Die Steigerung durch andere Erdölproduzenten oder die Freigabe von Erdölreserven könnten dieser Entwicklung nur kurzfristig entgegenwirken.

Das derzeit hohe Niveau der Rohstoffpreise geht jedoch nicht nur auf die Erdölpreise zurück, auch das Niveau der Preise von Industrierohstoffen, Nahrungs- und Genussmitteln ist weiterhin sehr hoch. Diese Entwicklung ist vor allem auf Sondereffekte zurückzuführen: Nahrungs- und Genussmittel etwa verteuerten sich nach Ernteausfällen infolge der Trockenheit in Teilen Argentiniens, Brasiliens und Paraguays (Klimaphänomen "la niña"). Hinsichtlich der Industriegüter resultiert ein hoher Preisdruck aus den Exportbeschränkungen Chinas für seltene Erden.

Die Verteuerung von Rohöl und anderen Rohstoffen drückt das bereits schleppende Wachstum der realen Haushaltseinkommen zusätzlich und erhöht die Produktionskosten, sodass die Rentabilität sinkt. Diese Faktoren beeinträchtigen die Erholung des privaten Konsums und der Investitionen in allen Wirtschaftsregionen, mit Ausnahme der Nettoexporteure von Rohstoffen. Kurzfristig könnten sich die Auswirkungen verschärfen, wenn die negativen Preisschocks das allgemeine Verbrauchervertrauen dämpfen oder über negative Rückkopplungseffekte zusätzliche Verwerfungen auf den Finanzmärkten hervorrufen.

Die Staatsschuldenkrise flammt im Euro-Raum wieder auf, die Spannungen auf den Märkten für Staatsanleihen nehmen zu.

Die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bildet nach wie vor das größte Abwärtsrisiko für die Weltwirtschaft. Vorübergehend stimmte zuversichtlich, dass der Schuldenschnitt Griechenlands die Finanzmärkte nicht erschütterte, obwohl er als "Kreditereignis" gewertet wurde. Die befürchteten negativen Auswirkungen der damit verbundenen Auszahlung von Kreditversicherungen (Credit Default Swaps – CDS) auf die Stabilität der Finanzmärkte blieben aus. Allerdings lebte die Euro-Krise in Spanien und Italien auf, seit Anfang März steigen die Zinssätze für spanische und italienische Staatsanleihen. Sie sind damit wieder ähnlich hoch wie im November, als umfangreiche Stabilisierungsmaßnahmen umgesetzt wurden. Der Liquiditätsschub der Europäischen Zentralbank (EZB) für Europas Banken reichte somit nicht aus, um die Krisenländer auch nur für ein halbes Jahr zu stabilisieren. Auch wenn viele Krisenländer Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, ist offen, ob dadurch das Vertrauen der Finanzmärkte in eine nachhaltige Refinanzierung der Staatsschulden zurückgewonnen werden kann. Zusätzlich erscheinen die aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten in sich widersprüchlich: Einerseits wird eine Haushaltskonsolidierung gefordert, andererseits wächst das Misstrauen, wenn die Konsolidierung das Wachstum dämpft. Der Versuch, das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen, ist dennoch essentiell, da sich Krisen auf den Finanzmärkten selbst verstärken können[3]). Die so entstehende Abwärtsspirale konnte bisher weder durch stets vergrößerte Brandmauern (ESM, EFSF) noch durch liquiditätszuführende Maßnahmen der EZB stabilisiert werden.

[3]) Die Re-Intensivierung von unerwünschten Rückkopplungseffekten zwischen der Qualität der Finanzaktiva von Banken und dem Länderrisiko verschiedener Staaten bedeutet im Euro-Raum ein zentrales Abwärtsrisiko. Wenn Banken die Kreditvergabestandards straffen und damit das Kreditwachstum begrenzen, um Kapitalpuffer aufzubauen, könnte angesichts der daraus resultierenden Dämpfung der Wachstumsaussichten die Sorge über eine nachhaltige Finanzierbarkeit der Staatsschulden wachsen, die Zinssätze auf Staatsanleihen steigen weiter. Als Reaktion darauf werden die davon betroffenen Staaten die Konsolidierungsmaßnahmen zusätzlich verschärfen, sodass das reale Wachstum neuerlich gedämpft wird. Daraus ergibt sich eine weitere Verschlechterung der Qualität der Finanzaktiva der Banken aufgrund höherer Verluste aus Beteiligungen von Staatsschulden und einer Zunahme der notleidenden Kredite an den privaten Sektor, die eine weitere Verschärfung der Kreditrichtlinien erfordert. Eine solche Abwärtsspirale dämpft das Wachstum der Realwirtschaft nachhaltig.

Die Erholung der Wirtschaft wird im Euro-Raum durch negative Entwicklungen auf den Finanzmärkten gebremst.

Innerhalb des Euro-Raumes steht vor allem Spanien unter erhöhtem Finanzmarktstress. Die Wirtschaft geriet erneut in die Rezession – das BIP sank im I. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,4%. Darüber hinaus wurde die Bonitätsbewertung spanischer Staatsanleihen Ende April um zwei Stufen gesenkt. Das bereits hohe Niveau an Kreditausfällen wird aufgrund des anhaltenden Anstieges der Arbeitslosigkeit weiter zunehmen. Dies erfordert stets höhere Rückstellungen für Problemkredite[4]), was das Kreditwachstum und somit auch das realwirtschaftliche Wachstum zusätzlich hemmt. Diese Entwicklung birgt ein hohes Maß an Gefahren für den gesamten Euro-Raum. Vor allem mit den spanischen Finanzmärkten eng verflochtene Volkswirtschaften wie z. B. Frankreich könnten über widrige makrofinanzielle Entwicklungen ihrerseits in eine Rezession geraten.

In den Ländern an der Peripherie der EU ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch.

Die enormen Ungleichgewichte zwischen den Ländern des Euro-Raumes spiegeln sich nicht nur in Finanzmarktkennzahlen, die zunehmende Heterogenität zeigt sich in vielen Bereichen. Die Arbeitslosenquote lag laut Eurostat im März im Euro-Raum saisonbereinigt bei 10,9%, im Durchschnitt der EU bei 10,2%. Am höchsten war sie mit 24,1% in Spanien, am niedrigsten mit 4,0% in Österreich. Auch die Veränderung der Arbeitslosenquote divergiert zwischen den EU-Ländern beträchtlich: Während sich die Quote gemäß EU-Definition etwa in Österreich, Irland und Slowenien verringerte, erhöhte sie sich in Spanien[5]), Portugal und Italien im Februar und März weiter.

Trotz der expansiven geldpolitischen Maßnahmen ist der Preisauftrieb weiterhin mäßig. Die Inflationsrate lag im März 2012 im Euro-Raum bei 2,7% (Jänner und Februar jeweils 2,7%), in der EU insgesamt bei 2,9% (Jänner und Februar jeweils 2,9%). Vor diesem Hintergrund und angesichts des neuerlichen Aufflammens der Schuldenkrise ist im Euro-Raum weiterhin mit einer sehr lockeren Geldpolitik zu rechnen.

Das aktuelle Indikatorenbild ist vom neuerlichen Aufflammen der Staatsschuldenkrise geprägt.

Der Economic Sentiment Indicator (ESI) der Europäischen Kommission blieb im April in der EU insgesamt stabil. Im Euro-Raum sank er deutlich und glich so die Aufwärtsentwicklung des I. Quartales 2012 wieder aus. Der Rückgang resultierte vor allem aus der Schwächung des Vertrauens in die weitere Entwicklung von Industrie und Dienstleistungen. Während sich das Vertrauen in der Industrie in der EU insgesamt geringfügig verschlechterte, sank es im Euro-Raum stark. Sowohl im Durchschnitt der EU als auch im Euro-Raum sanken die Produktionserwartungen; die Auftragseingänge werden vor allem in den Euro-Ländern negativ beurteilt.

Das Vertrauen im Dienstleistungssektor blieb in der EU insgesamt weitgehend unverändert, trübte sich jedoch im Durchschnitt des Euro-Raumes erheblich ein. Während sich die Nachfrageerwartungen in den Nicht-Euro-Ländern wesentlich verbesserten, trugen im Euro-Raum sowohl die Erwartungen zur Nachfrageentwicklung als auch die Einschätzung der Geschäftslage zum negativen Bild bei.

Nach einer positiven Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2012 trübte sich das Verbrauchervertrauen zuletzt sowohl im Euro-Raum als auch in der EU insgesamt stark ein. Dies war vor allem auf die pessimistischen Erwartungen zur allgemeinen Wirtschaftslage und auf die finanzielle Situation der privaten Haushalte zurückzuführen. Im Gegensatz dazu verbesserte sich das Vertrauen im Einzelhandel in der EU insgesamt deutlich und in den Euro-Ländern etwas.

Stabile Konjunkturaussichten für Österreich

Die aktuelle Entwicklung der österreichischen Wirtschaft unterscheidet sich vom Durchschnitt des Euro-Raumes: Zum einen nahmen in Österreich vor allem in den letzten drei Monaten die Finanzmarktrisiken erheblich ab, zum anderen ist der Konjunkturausblick günstiger.

[4]) 2006 machten Problemkredite in Spanien 0,7% des gesamten Kreditbestandes aus, im Februar 2012 dagegen 8,3%.

[5]) Die Arbeitslosenquote liegt in Spanien derzeit laut INE (Instituto Nacional de Estadística) mit 24,4% (März 2012) nur knapp unter dem bisherigen Höchstwert von 24,5% (1994).

Die heimische Wirtschaft entwickelt sich trotz des neuerlichen Aufflammens der Staatsschuldenkrise günstig. Die makrofinanziellen Risiken nehmen ab, der wirtschaftliche Ausblick ist stabil.

Die deutliche Verschärfung des Finanzmarktstresses in einigen Euro-Ländern hatte – paradoxerweise – durchaus positive Folgen für den österreichischen Finanzmarkt. Durch die Staatsschuldenkrise nimmt die Zahl der staatlichen Schuldner, deren Anleihen als sicher gelten, kontinuierlich ab. Zugleich nimmt aber die Nachfrage nach sicher geltenden Anlagen aufgrund der Liquiditätsschwemme von EZB und Federal Reserve Bank einerseits und der zunehmenden Risikoaversion der Finanzinvestoren andererseits überproportional zu. Das damit verbundene Ungleichgewicht auf dem Markt für als sicher geltende Vermögensanlagen dämpft die Renditen dieser Anlagen beträchtlich. Zu diesen Vermögensanlagen zählen neben den Staatsanleihen von Deutschland und den USA auch immer öfter jene von Österreich. Seit März sank die Sekundärmarktrendite auf österreichische Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren signifikant und festigte sich seit Anfang Mai bei einem Wert um 2,6%. Diese für Österreich günstige Entwicklung steht in starkem Kontrast zu jener in Italien und Spanien. Die damit verbundene Stabilisierung des Finanzsektors zeigt sich in zweierlei Form: Zum einen verringerten sich die Überschussreserven der Banken im April gegenüber dem Vormonat abermals stark (–54 Mio. €). Zum anderen sanken neben Zinssätzen für Staatsanleihen auch jene für Unternehmenskredite im März gegenüber dem Vormonat deutlich (rund –0,3 Prozentpunkte auf 2,7%). Beide Entwicklungen festigen die Expansion des Kreditwachstums in Österreich und stützen damit den Aufschwung der Realwirtschaft.

Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt

Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und –100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Die positive Entwicklung auf dem österreichischen Finanzmarkt beruht sowohl auf soliden Fundamentaldaten der heimischen Wirtschaft als auch auf einem weiterhin stabilen Ausblick. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen in der Sachgütererzeugung, der die Entwicklung in den vergangenen Monaten und die aktuelle Situation der Unternehmen zusammenfasst, stieg laut dem jüngsten WIFO-Konjunkturtest zwar nur geringfügig, lag damit aber weiterhin im positiven Bereich. So meldeten die Unternehmen insgesamt einen geringfügigen Anstieg der Produktion gegenüber dem Vorquartal. Auch die Auftragslage wurde leicht überdurchschnittlich beurteilt: 72% der Unternehmen meldeten ausreichende oder mehr als ausreichende Auftragsbestände. Die Kapazitätsauslastung war mit 83% durchschnittlich, der Anteil der Unternehmen, die ihre aktuellen Produktionskapazitäten als zu gering einschätzen, sinkt allerdings seit einem Jahr und war zuletzt mit unter 10% im langfristigen Vergleich sehr niedrig.

Der Index der unternehmerischen Erwartungen für die kommenden drei Monate sank im April allerdings etwas und ist nun wieder knapp negativ. Die Erwartungen zur Entwicklung von Produktion und Verkaufspreisen in den kommenden Monaten sind dennoch positiv. Skeptisch sind die Unternehmen dagegen bezüglich der weiteren Entwicklung von Beschäftigung und eigener Geschäftslage.

In der Bauwirtschaft hielt der Index der aktuellen Lagebeurteilungen auch im April sein hohes positives Niveau, war aber etwas niedriger als im März. Die Bauunternehmen meldeten im WIFO-Konjunkturtest eine stabile Entwicklung der Bautätigkeit in den vergangenen Monaten, und auch die Auftragslage wurde überdurchschnittlich bewertet: 76% der Unternehmen verfügten über ausreichende oder mehr als ausreichende Auftragsbestände (langfristiger Durchschnitt 63%). Sehr günstig wurde auch die aktuelle Geschäftslage eingeschätzt: Nach der schwierigen Lage in den vergangenen Jahren meldeten erstmals seit fast vier Jahren mehr Unternehmen eine gute als eine schlechte Geschäftslage.

In der Bauwirtschaft ist der Ausblick positiv, erstmals seit vier Jahren melden mehr Unternehmen eine gute als eine schlechte Geschäftslage.

Nicht nur die aktuelle Lage wurde in der Bauwirtschaft gut beurteilt, auch der Index der unternehmerischen Erwartungen war deutlich positiv. Insbesondere erwarteten deutlich mehr Unternehmen einen Anstieg der Baupreise als einen Rückgang. Die Einschätzung der Beschäftigungsentwicklung war dagegen günstiger als im langfristigen Mittel der Branche, ließ aber keine Zunahme der Dynamik erwarten.

Im Dienstleistungssektor war der Index der aktuellen Lagebeurteilungen im April nach wie vor deutlich positiv. So berichteten die Unternehmen von einem Anziehen der Nachfrage im I. Quartal 2012 und schätzten ihre aktuelle Geschäftslage überwiegend als gut ein – der Überhang war aber geringer als im Sommer 2011.

Die Indikatoren deuten auf eine weiterhin stabile Entwicklung im Dienstleistungssektor hin.

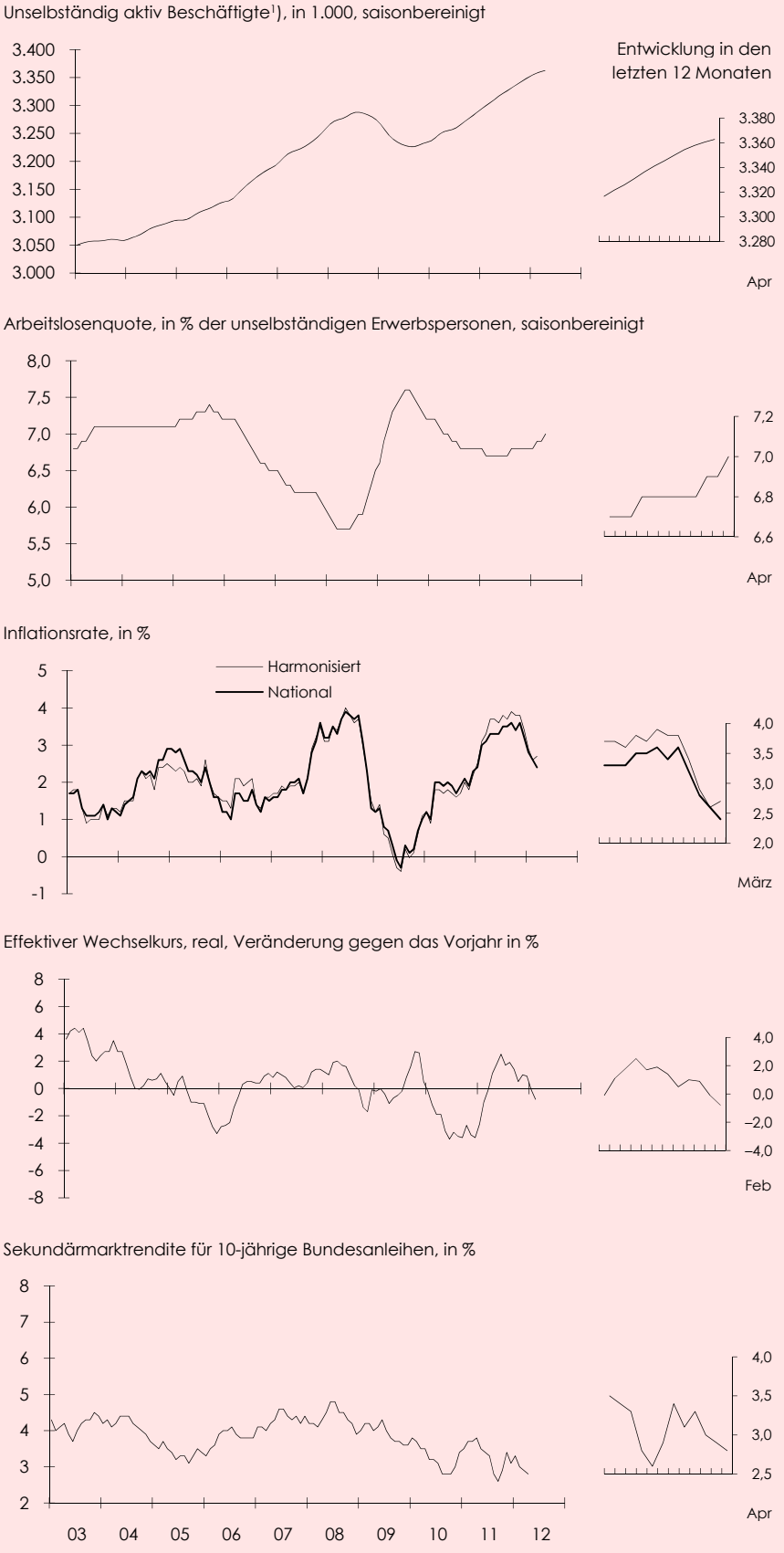
Auch der Index der unternehmerischen Erwartungen zeigt für den Dienstleistungssektor eine zuversichtliche Stimmung an. Der Anteil der optimistischen Meldungen war hinsichtlich aller Dimensionen größer als der Anteil der pessimistischen. Die Einschätzung der Entwicklung von Nachfrage, Beschäftigung und Geschäftslage in den kommenden Monaten lag dagegen unter dem Durchschnitt der letzten 15 Jahre. In Summe deutet dies auf eine weiterhin gute, wenn auch nicht herausragende Entwicklung der Dienstleistungsbranchen in den kommenden Monaten hin.

Preisauftrieb leicht rückläufig

Die Inflationsrate schwächte sich im März 2012 gegenüber dem Vormonat leicht ab und lag bei 2,4% (Februar 2,6%, Jänner 2,8%). Das war der niedrigste Wert seit Jänner 2011 (2,4%). Angetrieben wurde die Teuerung insbesondere durch die Entwicklung in der Ausgabengruppe "Wohnung, Wasser und Energie" (durchschnittlich +3,4%), und zwar überwiegend wegen der Verteuerung von Haushaltsenergie (+4,9%, Heizöl +10%, Gas +11%). Die Wohnungsmieten stiegen um 4,4%, die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich durchschnittlich um 3,0%. Deutlich überdurchschnittlich stiegen die Preise auch in den Ausgabengruppen "Verkehr" (+3,0%, Treibstoffpreise +8%) und "Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" (+2,9%). Die Nahrungsmittelpreise zogen insgesamt um 2,2% an. Der Verteuerung von Fleisch und Fleischwaren (+6%), Brot und Getreideerzeugnissen (+4%), Molkereiprodukten und Eiern (+4%) sowie Gemüse (+2%) stand eine Verbilligung von Obst gegenüber (–21%).

Der Preisauftrieb ließ im März etwas nach, rohstoffintensive Güter bergen weiterhin ein großes Inflationspotential in sich.

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung.

Laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) lag die Teuerungsrate im März 2012 bei 2,7% und entsprach damit dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf "saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen" Bezug genommen.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch http://www.statistik.at/).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (http://www.konjunkturtest.at/). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenz- und Zivildiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Weiterhin stabile Entwicklung des Tourismus

Die Tourismusumsätze stiegen in den ersten fünf Monaten der Wintersaison 2011/12 gegenüber dem Vorjahr deutlich.

Die Tourismusumsätze waren in den ersten fünf Monaten der Wintersaison 2011/12 (November 2011 bis März 2012) nach vorläufigen Berechnungen um 2,9% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres und erreichten damit ein Volumen von 10,91 Mrd. €. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 2,1%. Real stagnierten die Umsätze, der reale Aufwand je Nächtigung sank hingegen um 2,1%. Während die Nächtigungsnachfrage aus dem Ausland das Vorjahresniveau um 1,8% übertraf, wurde auf dem inländischen Markt eine Steigerung um 3,1% verzeichnet. Sehr gegensätzlich entwickelten sich die Nächtigungen im März (Reisende aus dem Inland +6,8%, aus dem Ausland –10,0%, insgesamt –6,6%).

Auf den für Österreich bedeutenden ausländischen Herkunftsmärkten entwickelte sich die Nächtigungsnachfrage in der Wintersaison 2011/12 gemäß bisher vorliegenden Daten (November bis März) aus Russland (+18,2%) und der Schweiz (+15,7%) sehr gut, auch aus den USA (+6,8%), aus Frankreich (+5,2%), Großbritannien (+4,0%), Schweden (+3,3%) und Tschechien (+3,2%) waren überdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen. Die Nächtigungszahlen von Reisenden aus Deutschland (+1,1%) und Rumänien (+0,6%) nahmen ebenfalls etwas zu, während die Nachfrage aus Italien (–0,1%) annähernd stagnierte. Unter dem Vorjahresniveau blieben hingegen die Übernachtungen von Gästen aus den Niederlanden (–1,4%), aus Belgien (–2,5%), Ungarn (–4,1%), Polen (–6,1%) und Dänemark (–6,2%).

Stable Development of Austrian Economy Despite Persistent Debt Crisis – Summary

Overall, the latest data on the state of the global economy suggest that the upswing will continue; they are somewhat mixed, however. Growth remains robust in the USA, Latin America and South East Asia. Developments in the euro area, by contrast, continue to be characterised by the debt crisis. Irrespective thereof, the outlook for economic activity in Austria remains stable. Inflation receded slightly in March, and the number of persons in dependent active employment rose further in April.

The global economy continues to recover, with value added expanding notably in the Asian and Latin American emerging economies and in the USA in spring. However, the global economic upswing is very fragile. The main risks on the one hand stem from geopolitical tensions, which could trigger yet another rise in oil prices, and, on the other hand, from the persistent sovereign debt crisis, which is weakening the recovery of the real economy especially in the euro area. The European Central Bank's provision of liquidity to banks was not sufficient to stabilise the crisis countries even for half a year. A high stock of problem loans combined with rising unemployment is dampening the outlook for several countries on the EU periphery. In addition, the strict consolidation policy pursued in the euro area contributes considerably to the subdued outlook for economic activity.

The current development of the Austrian economy differs from the euro area average. On the one hand, financial market risks have decreased especially over the last three months. On the other hand, the outlook for economic activity is more favourable. The indicator of manufacturing firms' assessments of the current situation did rise only marginally in WIFO's latest Business Cycle Survey, but nevertheless remained in the positive range. Production and selling price expectations for the coming months have also remained positive, in spite of their decline compared with the previous month. In the construction sector, the number of firms reporting their business situation to be good for the first time in more than four years exceeded that of firms reporting it to be bad.

Inflation receded slightly in March 2012 compared with the previous month, and at 2.4 percent (according to Statistics Austria) reached the lowest rate since January 2011. The highest year-on-year price increases were registered in the "Housing, Water and Energy", "Transport" and "Food and Non-Alcoholic Beverages" expenditure categories. In April, 252,000 people were registered as unemployed with the Public Employment Service. The seasonally adjusted unemployment rate stood almost unchanged at 7.0 percent in April (according to the Austrian definition).

Insbesondere im Burgenland, in Wien, aber auch in Ober- und Niederösterreich erzielten die Tourismusbetriebe in den ersten fünf Monaten der Wintersaison 2011/12 deutliche Umsatzzuwächse. In Vorarlberg und Tirol ergab sich eine leicht überdurchschnittliche Steigerung, in der Steiermark und in Salzburg blieb das Ergebnis unter dem Österreich-Durchschnitt. Nur in Kärnten setzte der Tourismus weniger um als im Vorjahr.

Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Beschäftigten wächst weiterhin markant, die Arbeitslosenquote betrug im April 7,0% (saisonbereinigt).

Auf dem Arbeitsmarkt sind weitere Anzeichen der Entspannung zu beobachten. Im April nahm die Beschäftigung kräftig zu – die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war gemäß ersten Schätzungen des BMASK Anfang April um 54.000 höher als im Vorjahr (+1,6%). Gegenüber dem Vormonat stieg die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt um 2.200 (+0,1%).

Ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Stellen dürften Vollzeitarbeitsplätze sein, wie die Ausweitung der Beschäftigung in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft zeigt (Daten vom März 2012). Besonders stark erhöhte sich auch die Zahl der Arbeitsplätze in den wirtschaftlichen Dienstleistungen, im Gesundheitswesen und im Handel. Nur im Bereich Beherbergung und Gastgewerbe war sie im März gegenüber dem Vormonat rückläufig.

Die Zahl der offenen Stellen war im April um 4.000 niedriger als im Vorjahr (–11,1%). Im April waren 252.000 Arbeitslose beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt, um 15.500 mehr als im Vorjahr (+6,6%). Die Arbeitslosenquote (gemäß österreichischer Definition) erhöhte sich von März auf April um 0,1 Prozentpunkt auf 7,0% (saisonbereinigt).